

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2004

14. Jahrgang (7. der N.F.)

Seiten 61-73

[zur Startseite](#)

Hubel, Helmut (ed., with the assistance of Aino Bannwart and Stefan Gänzle): *EU Enlargement and Beyond. The Baltic States and Russia*. Berlin: BERLIN VERLAG Arno Spitz, 2002, 469 S., (= Nordeuropäische Studien; Bd. 18).

Lehti, Marko: *A Baltic League as a Construct of the New Europe. Envisioning a Baltic Region and Small State Sovereignty in the Aftermath of the First World War*. Frankfurt/M.: Verlag Peter Lang, 1999, 550 S., (= European University Studies, Series III: History and Allied Studies; Vol. 817).

Stopinski, Sigmar: *Das Baltikum im Patt der Mächte. Zur Entstehung Estlands, Lettlands und Litauens im Gefolge des Ersten Weltkriegs*. Berlin: BERLIN VERLAG Arno Spitz, 1997, 276 S. (= Nordeuropäische Studien, Bd. 11).

Mit der Aufnahme der drei baltischen Staaten in die NATO und die Europäische Union im April bzw. Mai dieses Jahres haben deren Regierungen ihr fast schon seit der erneuten Unabhängigkeit zentrales außen- und sicherheitspolitisches Ziel verwirklichen können: die Einbindung in die westlichen Kooperations- und Sicherheitsstrukturen. Auch wenn Estland, Lettland und Litauen ihren Platz im "Neuen Europa" weiterhin werden finden müssen, bedeutet das Erreichen der westlichen "Heimstatt" mit Sicherheit eines: das Ende der prekären Position als kleine Staaten im Kraftfeld zwischen zwei Machtpolen, die während ihrer Unabhängigkeit(en) im 20. Jahrhundert ihre Geschicke bestimmte. Nach Jahrhunderten der Zugehörigkeit zu den Imperien des Deutschen Ordens, Schwedens und Russlands – von einer eigenen, zeitweise sogar ebenfalls imperialen Vergangenheit im Falle Litauens abgesehen – fanden sich die Länder des Baltikums nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung im Zuge des Ersten Weltkriegs erstmals als eigenständige Akteure im internationalen System wieder. Ihre Existenz- und Handlungsmöglichkeiten waren jedoch dadurch beschränkt, dass die benachbarten Großmächte Deutschland und die Sowjetunion auf Dauer danach trachteten, ihren Einfluss auszudehnen und die kleineren Staaten "Zwischeneuropas" ihrem jeweiligen Machtbereich einzuverleiben. So dauerte es nur zwei Jahrzehnte, bis der Molotow-Ribbentrop-Pakt 1939 das Ende der Unabhängigkeit einläutete. Bereits 1940 wurden die baltischen Staaten von der Sowjetunion annektiert.

Schon zur Entstehung der unabhängigen baltischen Nationalstaaten im Gefolge des Ersten Weltkriegs vertritt Sigmar Stopinski sehr pointiert die These, "dass die Staatsgründungen nicht in erster Linie das Ergebnis einer innenpolitischen Entwicklung Rußlands waren, sondern maßgeblich von außen bestimmt wurden". Zwar habe es Nationalbewegungen gegeben, "[z]u deren Zielen gehörte jedoch nicht die Abtrennung von Russland und die Etablierung eigener Staaten", die erst im Verlauf des Ersten Weltkrieges virulent geworden seien: "Nicht, dass es keines Willens in der estnischen, lettischen und litauischen Bevölkerung bedurfte, die baltischen Staaten zu etablieren, die Frage ist nur, wie maßgebend er für die Entwicklung

tatsächlich war.“ (S. 15) Stopinski richtet sich damit nicht nur gegen eine Abwertung der Bedeutung äußerer Faktoren in der Nationalgeschichtsschreibung. Er behauptet darüber hinaus, dass der Einfluss von Nationalbewegungen und äußeren Faktoren nicht gleichgewichtig gewesen sei, sondern „vielmehr die Ziele der großen Mächte ausschlaggebend [waren], d.h. erst wenn ihre Interessen nicht (wesentlich) mit den Staatsgründungen kollidierten, wurden nationalpolitische Perspektiven im Baltikum überhaupt relevant“ (S. 16). Zur Begründung dieser These greift Stopinski auf die Ergebnisse bisheriger historischer Forschung zurück.

Die Studie ist in fünf Teile gegliedert. Einem einleitenden Kapitel, das die These entwickelt, folgen je ein Kapitel zur deutschen bzw. russischen Baltikumpolitik während des Krieges, das vierte Kapitel behandelt die Interessen Deutschlands, Russlands und der Alliierten im Baltikum nach Kriegsende, während das letzte Kapitel unter der provokanten Überschrift „Geschenkte Unabhängigkeit“ ein Resümee zieht und die aufgeworfene These abschließend belegt.

Im Ergebnis der Untersuchung erweist sich ein „Patt der Mächte“ als Bedingung für die Entstehung der selbstständigen Staaten Estland, Lettland und Litauen: „Da während des Krieges und des Russischen Bürgerkrieges keine der interessierten Mächte in der Lage war, ihre Ansprüche auf das Baltikum dauerhaft durchzusetzen, wurde die Bildung von baltischen Republiken möglich“ (S. 255). Einerseits wurden die nach dem Scheitern eines Sonderfriedens mit Russland geschmiedeten deutschen Pläne einer Anbindung dauerhaft von Russland abgetrennter und als selbstständig „frisierter“ baltischer Staaten mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg gegenstandslos. Andererseits aber hatte die russische Regierung nach der Februarrevolution zwar die Forderungen der Nationalbewegungen in Estland und Lettland u.a. durch die Einrichtung von Selbstverwaltungskörperschaften weitgehend erfüllt, so dass sie sich ihrem vorrangigen Ziel widmen konnte, das Land wieder kriegsfähig zu machen; die Oktoberrevolution jedoch entmachtete die bürgerlichen Politiker auch in den baltischen Gebieten und ließ sie als Ausweg fortan die staatliche Selbstständigkeit anstreben. Im anschließenden russischen Bürgerkrieg verfolgten die Alliierten das Ziel der „Reetablierung eines territorial unversehrten russischen Staates mit demokratisch-parlamentarischer Regierung“ (S. 256). Nach dem Scheitern der Intervention aber wurde die Entstehung unabhängiger baltischer Staaten „nicht nur möglich, sondern nun auch zwingend, da sie nicht Bestandteil Sowjetrusslands werden oder unter dessen Einfluss verbleiben sollten. Die baltischen Staaten wurden Pufferstaaten – aber nicht in der Form, die die Führung des deutschen Reiches angestrebt hatte“ (S. 256). Für die Sowjetregierung hingegen „hatte die Sicherung der eigenen Macht Vorrang vor dem Interesse, Gebietsverluste zu vermeiden“ (S. 258). Angesichts dieses Befundes relativiert Stopinski dann auch den Stellenwert des von Woodrow Wilson seinerzeit deklarierten Selbstbestimmungsrechts der Völker, das “[i]n der Regel [...] von anderen Interessen der Staaten, die zu einer Intervention zugunsten der kleinen Staaten in der Lage wären“, überlagert sei. So schließt die Untersuchung mit der Feststellung, dass die Selbstständigkeit der baltischen Staaten „nicht der Prinzipienfestigkeit der [...] Großmächte

zuzuschreiben [sei], sondern deren konkreten Machtansprüchen" (S. 260).

Die in den baltischen Nationalgeschichtsschreibungen dominante Rolle der Nationalbewegungen wird in dieser Perspektive in der Tat erheblich modifiziert. Die internationale Mächtekonstellation stellte so ein "unverhofftes Geschenk" oder eine "Gunst der Stunde" dar (S. 257), derer sich die Führer der Nationalbewegungen bedienen konnten. Gleichwohl wären eine umfassendere Einordnung sowie eine gelegentlich kritischere Abwägung wünschenswert gewesen. Dass diese im Rahmen der vorliegenden Abhandlung schwierig vorzunehmen ist, liegt nicht nur an der vom Verfasser gewählten chronologisch angelegten, gelegentlich unübersichtlichen ereignisgeschichtlichen Darstellungsweise, die darauf abzielt, die aufgestellte These plausibel zu machen. Stopinski verzichtet ebenso auf eine Konkretisierung des Willens der baltischen Eliten zur Etablierung ihrer Nationalstaaten, wie er eine ausführliche Auseinandersetzung mit den zentralen Thesen der etablierten Nationalgeschichtsschreibung umgeht.

Im Ganzen ist die Studie – deren Preis im Zuge der Euroumstellung leider auf 40 Euro nachgebessert und somit erhöht worden ist – dennoch geeignet, die gängigen monokausalen, auf die Nationalbewegungen als einzigen erklärenden Faktor abhebenden Erklärungsmuster zu relativieren. Das Augenmerk auf äußere Faktoren der Entstehung der baltischen Staaten im Zuge des Wandels der ehemals stabilen Mächtekonstellation in der Region zu lenken, erlaubt eine Kontextualisierung der Entwicklung der Nationalbewegungen wie auch eine Einschätzung des Handlungsspielraums, über den diese zur Durchsetzung ihrer Ziele verfügten. Unterstellt man darüber hinaus wie Stopinski, dass die Machtpolitik der am Baltikum interessierten Staaten "zum einen jeweils das Ergebnis eines Kompromisses in den Staaten oder Machtgruppen war, mithin auf Widersprüche und Kontroversen verweist, und dass zum anderen die Politik im Verlauf der Entwicklung sich auch verändert hat" (S. 16), lässt sich im Zusammengehen mit der langsam einsetzenden kritischen Erforschung der Nationsbildung in den baltischen Ländern zu einer differenzierteren Betrachtungsweise der Entstehung der baltischen Nationalstaaten als einem in verschiedene gesellschaftliche und politische Kontexte eingebetteten komplexen, multikausalen und kontingenten Prozess gelangen.

Nach dem Zerfall der Großreiche Russlands und Österreich-Ungarns sowie der Etablierung unabhängiger Nationalstaaten auf dem gesamten europäischen Kontinent lautete eine der wichtigsten Fragen im Hinblick auf die Struktur des internationalen Systems nach dem Ersten Weltkrieg, wie die kleinen Staaten in einer Welt der Großmächte überleben könnten. Gegenstand der Untersuchung von Marko Lehti ist die innerbaltische Diskussion darüber, wie die Unabhängigkeit der neuen, vom untergehenden russischen Großreich abgespaltenen Nationalstaaten gestaltet werden sollte. Eine der zeitgenössischen Antworten darauf waren Vorschläge zur Bildung einer "Baltischen Liga" – einer Form der Vereinigung durch den Aufbau regionaler Kooperationsbeziehungen sowie gemeinsamer Organisationen und Institutionen. Dabei ergibt sich eine nur auf den ersten Blick überraschende Gemeinsamkeit mit der Zeit nach dem Ende des

Ost-West-Konflikts: "In both periods the Baltic Sea connection has been seen to offer a coordinate for remapping the location of the eastern Baltic nations, in particular, the Estonians and Latvians, in the new Europe" (S. 11). Lehtis Studie untersucht mithin einen Vorläufer jenes Regionsbildungsprojekts, das seit Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre eine so zentrale Rolle im Prozess der politischen (Neu-)Ordnung des europäischen Nordens spielt.

Der Gedanke einer Baltischen Liga besaß, dem Verfasser zufolge, Bedeutung für die Konstruktion der Souveränität der Nachfolgestaaten des russischen Zarenreiches und diente der Sichtbarmachung neuer territorialer Abgrenzungen und Kooperation zwischen ihnen. Die zentralen Fragen, denen er in seiner Studie nachgeht, lauten: Erstens welches Verständnis die Zeitgenossen von einer Baltischen Liga als Konstrukt von Staaten und als Region hatten, warum zweitens nur die baltischen Nationen bzw. Staaten als zusammenhängend angesehen wurden, drittens welche Art von Netzwerk aufgebaut wurde und viertens warum die Baltische Liga als notwendig für die Konstruktion der nationalen Souveränität betrachtet wurde (S. 51). Als theoretisches Gerüst dient ihm eine Trias von Souveränität, Territorialität und Kooperation bzw. Integration. Souveränität wird dabei als historisch wandelbare soziale Konstruktion verstanden, die mit den Konzepten der Nation und des Staates durchaus unterschiedliche Verbindungen eingehen kann. Auch Territorialität wird als historisch kontingente Konstruktion aufgefasst, die ganz wesentlich durch Vorstellungen konstituiert wird (*territorial imagination*). Demnach kann es durchaus parallel sowohl zu Nations- als auch zu Regionsbildung kommen: Während die "Naturalisierung" der Territorialität – ihre Vermittlung und Perzeption als natürliche (vom Menschen unabhängige) Gegebenheit – im Falle des Nationalstaats historisch am erfolgreichsten gewesen sei, habe es immer auch andere Formen politischer Territorialität gegeben, die jedoch über marginale Bedeutung nicht hinausgekommen seien. Kooperation und Integration werden als neue Dimension in der internationalen Politik nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs eingeführt, die sich zunächst in Multilateralismus und internationalen Konferenzen geäußert haben; dabei habe Souveränität durch Integration durchaus Modifikationen erfahren, diese habe aber nicht die Form von Übertragungen an eine supranationale Ebene wie im Rahmen der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg angenommen.

Hauptgegenstand der Studie ist die Diskussion in Estland, Lettland und Finnland im Zeitraum von der russischen Februarrevolution 1917 bis zum Ende der gemeinsamen Konferenzen 1926. Litauen und Polen werden zwar einbezogen, als Außenseiter aber nicht systematisch untersucht. Dieses Außenseitertum begründet der Verfasser damit, dass die von Litauen ausgehenden Vorschläge sich eher auf den engeren Kreis der drei baltischen Länder bzw. nur einer litauisch-lettischen Föderation beschränkten und die Bedeutung der Diskussion um eine Baltische Liga nicht Teil des Entstehungsprozesses des litauischen Nationalstaats gewesen sei. Polens Vergangenheit als eigene Großmacht wiederum mündete teils in eigene Hegemoniebestrebungen bzw. hatte, insbesondere durch Äußerungen tatsächlicher solcher Ambitionen, entsprechende Befürchtungen der kleineren Staaten zur Folge.

Der Fragestellung folgend liegt der Untersuchung ein diskursanalytischer Ansatz zugrunde. Über offizielle Dokumente und Akten hinaus bezieht der Verfasser daher auch Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften sowie Pamphlete als Quellen in die Arbeit mit ein. Parlamentsdebatten, Memoranden, Korrespondenz und Konferenzprotokolle werden ebenfalls ausgewertet, wobei hier auf die Bestände in den Archiven der Außenministerien sowie die privaten Sammlungen des estnischen Außenministers Ants Piip und seines finnischen Kollegen Rudolf Holsti zugegriffen werden konnte. Auf diese Weise werden die Äußerungen von Angehörigen der politischen Eliten und von Journalisten in den jungen Staaten erfasst.

Zusammenfassend unterscheidet Lehti drei Perioden, die von jeweils unterschiedlichen Bedeutungen und Inhalten der projektierten Baltischen Liga gekennzeichnet sind: Während des Jahres 1918 herrschte Unsicherheit über die Zukunft im Gebiet der östlichen Ostsee. War noch bis 1917 nationale Souveränität in Estland und Lettland vorwiegend kulturell definiert und demzufolge lediglich ein Autonomiestatus innerhalb eines demokratisch reformierten und föderalisierten russischen Reiches angestrebt worden, änderte sich dies durch die russische Oktoberrevolution und die Besetzung der baltischen Provinzen durch deutsche Truppen. Fortan ging es zwar um Unabhängigkeit sowohl von Deutschland (dem gegenüber man sich aufgrund der Beherrschung durch die deutsch-baltische Oberschicht traditionell abgegrenzt hatte) *und* Russland, noch längst aber nicht ausschließlich um die Errichtung völlig unabhängiger, d.h. nach innen und außen souveräner Staaten. Eine der bestehenden Alternativen für die mögliche Ausgestaltung der nationalen Selbstbestimmung war die Errichtung einer "Baltischen Liga" als eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten (eines *commonwealth of independent states*), die das verlorene russische Reich ersetzen und so die nationale Souveränität verwirklichen sollte. Die in der Zeit intensiv geführte Debatte über die Gründung des Völkerbundes (einer *league of nations*) fand Niederschlag u.a. in der Vorstellung einer europäischen Nachkriegsordnung verschiedener Staatengruppierungen bzw. -ligen und wurde von den Vertretern der baltischen Nationen in London und Paris (wo die Diskussion über das damalige "Neue Europa" am vehementesten geführt wurde) in die baltische Diskussion eingebracht.

Auch während der zweiten Periode, dem Zeitraum von Kriegsende 1918 bis 1921, war die neue internationale Ordnung noch nicht gefestigt. In staatlicher Hinsicht war sie für die Nachfolgestaaten eine Übergangsperiode, in der es nach Erklärung der Unabhängigkeit darum ging, die behauptete Souveränität auch faktisch herzustellen bzw. sodann zu sichern und zu bewahren. Über militärische und politische Belange hinaus gab es in dieser Zeit Bestrebungen zur Errichtung einer Zoll- und Währungsunion. Auf den im Herbst 1919 abgehaltenen Konferenzen behandelten sich die baltischen Länder gegenseitig als unabhängige, souveräne Staaten, um so auch nach außen zu demonstrieren, dass sie als eben solche anerkannt werden wollten. Finnland hingegen, das durch den Status als Großfürstentum innerhalb des russischen Staatsverbandes in seinem Staatsbildungsprozess institutionell weiter vorangeschritten war, verfolgte in der so genannten Randstaatenpolitik eher eine traditionelle,

begrenzte Allianzpolitik von Nachfolgestaaten als Leidensgenossen im Verhältnis gegenüber Sowjetrusland.

In der dritten Periode musste nach der internationalen Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands und Lettlands, deren Aufnahme in den Völkerbund sowie der Schaffung eigener Verfassungen und Währungen ab 1921 der Gedanke der Baltischen Liga an die Realität der einzelstaatlichen Souveränität angepasst werden. Wesentliche Anstrengungen wurden im Rahmen der Diplomatie zur Errichtung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems unternommen, indem die Bildung einer Fünferallianz der drei baltischen Staaten mit Finnland und Polen verfolgt wurde. In Lettland gab es weitergehende Vorschläge für eine engere Kooperation Estlands, Lettlands und Litauens, die durch Errichtung einer Zoll- und Währungsunion sowie eine gemeinsame Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik zu einer Art wirtschaftlichem Brückenbauer zwischen Deutschland und Sowjetrusland werden sollte. Die hinter diesem Dreibund stehenden Gedanken verloren jedoch mit fortschreitender wirtschaftlicher Konsolidierung der einzelnen Staaten an Bedeutung. In Finnland geriet zudem die Randstaatenpolitik zunehmend unter Druck: Die Rechte zeigte sich nur zu militärischer Zusammenarbeit bereit, während die Liberalen Einschränkungen der Beziehungen zu Deutschland – von dem man sich, anders als Estland und Lettland, nicht absetzte – sowie den skandinavischen Ländern befürchteten und eine auf formale Abkommen gestützte Zusammenarbeit nicht befürworteten. Plänen zur Schaffung einer gemeinsamen Handelsgesetzgebung, zur Koordinierung der Außen- und Wirtschaftspolitik und zur Errichtung gemeinsamer Institutionen wie einem Ligakabinet, gemeinsamen Ausschüssen, Archiven u.ä. wurde damit die Basis entzogen. Die Praxis gemeinsamer Konferenzen wurde noch bis 1926 fortgeführt, fand dann aber ebenfalls ihr Ende.

Zusammengefasst ergibt sich der Befund, dass den nach dem Ersten Weltkrieg vorherrschenden Ideen zufolge der Gewinn eigener Souveränität die Vereinigung oder Einheit mit anderen Staaten erforderte: “[...] the successful construction of the sovereignty of a small state was seen to be possible only through a unification with other small states” (S. 515). In territorialer Hinsicht avancierte die vorgestellte Baltische Liga zu einer als natürlich empfundenen regionalen Gruppierung, die dadurch zu einer sozialen Wirklichkeit wurde: Indem die Ostsee, the Baltic Sea – die “baltische” See –, als gemeinsamer Bezugspunkt für die jungen, kleinen Staaten zwischen den Großmächten gewählt wurde, ist dies die Zeit, in der die “Ostseeregion” erfunden wurde und zum ersten Mal entstand; in diesem Sinne ist der Begriff bereits seit etwa 1919 etabliert. Die konkreten Verbindungen und Kontakte, die das Projekt verkörpern und so den Erfolg jedes region-building erst ermöglichen, bestanden vor allem in den multilateralen Konferenzen, der klassischen Form des Netzwerkes, das entsprechend der Praxis der Nachkriegsdiplomatie gewählt wurde. Über Gipfeltreffen des außenpolitischen Establishments hinaus wurden permanente Netzwerke von Ministern und Militärattachés geschaffen sowie Expertenkonferenzen abgehalten. Auch ohne formale Festlegungen in Verträgen konnte so das Bewusstsein gegenseitiger Interdependenz wachgehalten werden. Durch ihre permanente Mitgliedschaft in allen Formationen stellen sich Estland und Lettland als Nukleus der baltischen

Gruppierung dar. Über zwischenstaatliche Kooperation hinaus wurde die regionale Zusammenarbeit nur innerhalb der kleineren Gruppierung bestehend aus Estland, Lettland und Litauen durch zivilgesellschaftliche Kontakte vertieft und erweitert.

Kritisch anzumerken ist neben kleineren Ungereimtheiten – im einleitenden Kapitel wird die Zahl gemeinsamer baltischer Konferenzen mit “some forty” angegeben (S. 14), im Anhang (S. 545f.) hingegen sind nur 36 aufgelistet – vor allem die allzu konsequente Ausklammerung Litauens als weiterer Nachfolgestaat des russischen Reiches. Während Finnland, für dessen Staatsbildungsprozess die Diskussion um eine Baltische Liga – wie der Verfasser es selbst herausarbeitet – im Vergleich zu Estland und Lettland eine weitaus geringere Bedeutung spielte, detaillierte Behandlung erfährt, fehlen Ausführungen zu einem anderen kleinen Land der Region, das diese Gemeinsamkeit mit ihm teilt, fast völlig. Insofern hätte man sich hierzu einige detailliertere Ausführungen gewünscht, wo dies (etwa im Zusammenhang mit den Vorschlägen eines litauisch-lettischen Doppelstaates) auf der Hand gelegen hätte.

Lehtis Arbeit stellt eine der ersten detaillierten historischen Studien zu internationalen Regionsbildungsprozessen dar und kann schon deshalb sehr verdienstvoll genannt werden. Über die kaum überschaubare Menge an Material hinaus, die für die Untersuchung herangezogen worden ist und ihr einen entsprechend hohen empirischen Wert verschafft, gibt sie jedoch auch wichtige Anregungen für andere Arbeiten auf einem nach wie vor weitgehend offenen Forschungsfeld. So weist der Verfasser nicht zuletzt auf das Fehlen von Studien auch zum nordischen region-building in der Zwischenkriegszeit (S. 43) hin.

Nach dem Verlust der Unabhängigkeit 1940 sollte fast ein halbes Jahrhundert vergehen, bis sich im Zuge des Wandels innerhalb der Sowjetunion sowie deren schließlichen Zusammenbruchs erneut Perspektiven für die Selbstständigkeit eröffneten, die nach dem gescheiterten Augustputsch in Moskau 1991 verwirklicht werden konnten. Die freundschaftliche Verbundenheit mit den demokratischen Hoffnungsträgern des Westens in Russland, die auch zu den Geburtshelfern der erneuten baltischen Unabhängigkeit zählten, währte jedoch nicht lange. Die traumatischen Erinnerungen an die sowjetische Vergangenheit schufen vor dem Hintergrund der aufkommenden Spannungen in den Fragen des russischen Truppenabzugs und der russischsprachigen Minderheiten ein Bedürfnis nach Distanzierung von Russland. Verstärkt wurde dieses Bedürfnis durch innenpolitische Entwicklungen in Russland, die die Gefahr erneuter großrussischer Machtpolitik nicht dauerhaft auszuschließen schienen. Vor diesem Hintergrund verkörperte insbesondere die Europäische Union im Diskurs der baltischen Länder eine kulturelle Heimstatt, der man gewaltsam entrissen worden wäre und in die man durch baldige Mitgliedschaft zurückkehren wollte. Die Notwendigkeit, ein zumindest konstruktives, nach Möglichkeit sogar kooperatives Verhältnis zu Russland aufzubauen, blieb jedoch bestehen und stellte sich zudem durch die Ausdehnung perspektivisch auch für die europäischen Partner noch dringender dar.

Den damit verbundenen Fragen widmet sich der von Helmut Hubel herausgegebene Band *EU Enlargement and Beyond*, der aus dem von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt *Die EU, die baltischen Staaten und das post-sowjetische Russland* am Lehrstuhl für Internationale Politik der Universität Jena hervorgegangen ist. In seinem Vorwort stellt schon der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Günter Verheugen heraus, dass während des gesamten Erweiterungsprozesses sichergestellt werden müsse, neuen Spaltungen vorbeugen, die zwischen der EU und denjenigen europäischen Staaten entstehen könnten, die in absehbarer Zukunft nicht Mitglied der Union werden können oder wollen, und dass auch diese von erhöhter Stabilität und Kooperation profitieren müssten. In einem weiteren Vorwort unterstreichen Bernd Henningsen und Helmut Hubel den Charakter der Europäischen Union als Schlüsselinstitution für die Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung auf der Grundlage von Demokratie und Marktwirtschaft, die eine "nördliche Dimension" bereits durch die Erweiterung um Finnland und Schweden 1995 sowie den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Polen und den baltischen Ländern im Jahr 1998 bzw. 2000 erhalten habe. Durch die Nachbarschaft habe aber auch Russland keine andere Wahl, als praktische Lösungen für die Gestaltung der Beziehungen zu einer erweiterten EU zu erarbeiten.

In einer einleitenden Gesamtperspektive stellt der Herausgeber heraus, dass mit der Aufnahme der Beitrittskandidaten nicht nur die gemeinsame Grenze der EU mit Russland länger werde, sondern mit großen russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland sowie der von Polen und Litauen umgebenen russische Exklave Kaliningrad weitere Herausforderungen erwachsen. Gleichzeitig verlieren die Beziehungen der neuen Mitgliedstaaten zu Russland ihren bilateralen Charakter, da sie durch den *acquis communautaire* der EU multilateralisiert werden. Auf diese Weise werden die EU zum Schlüsselpartner Russlands und die nordöstliche Subregion zum "Testfall" für Probleme im Prozess der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung. Daraus ergeben sich für Hubel zwei Grundprobleme, nämlich zum einen auf welche Prinzipien die Partnerschaft der EU mit Russland vor dem Hintergrund unterschiedlicher politischer Kultur und politisch-ökonomischer Strukturen gegründet werden kann. Hubel befürwortet hier, weder den realistischen (machtpolitischen) Ansatz Russlands, noch den liberal-institutionalistischen der EU zur Grundlage des Verhältnisses zu machen, sondern vielmehr gemeinsamen Regeln zu folgen und gemeinsame Regimes oder gar Institutionen zu errichten. Dazu müsse Russland aber u.a. seine nachbarschaftlichen Beziehungen unter dem Aspekt von Interdependenz statt von Einflusszonen und militärischer Bedrohung sehen, seine politischen Entscheidungsstrukturen stärker dezentralisieren sowie Handel und wirtschaftlicher Interdependenz größere Aufmerksamkeit schenken. Zum anderen stelle sich die Frage, welche Rolle die baltischen Staaten bei der Etablierung einer funktionierenden Partnerschaft zwischen der EU und Russland spielen können.

In fünf Abteilungen untersuchen sodann insgesamt 21 Autoren verschiedene Aspekte dieser Problemkomplexe. Im ersten Teil schildert Clive Archer die Grundzüge der EU-Außenpolitik im Hinblick auf den

Ostseeraum, während sich Adrian Hyde-Price der EU als Akteur in der Ostseeregion theoretisch annähert. Mit einer interessanten Kombination von Ansätzen der governance school und von Theorien der internationalen Beziehungen gelingt es Stefan Gänzle zu zeigen, wie die Europäische Union mithilfe ihres Mehrebenen-Regierungssystems und ihrer Mitgliedschaften in regionalen und subregionalen Organisationen ihre Außenpolitik gegenüber ihrer Nachbarschaft formuliert und implementiert.

Gegenstand des zweiten Teils ist die "Ostpolitik" der Europäischen Union seit 1990. Fraser Cameron widmet sich den Prinzipien und Problemen der Osterweiterung; konkrete Probleme bei den Mitgliedschaftsverhandlungen der baltischen Staaten behandelt Michael A. Rupp. Im Hinblick auf die Politik der EU gegenüber Russland stellen Heinz Timmermann und Stefan Gänzle fest, dass sich die gegenseitigen Beziehungen auf einer stabilen Grundlage entwickelt hätten und Probleme innerhalb des bestehenden Kooperationsrahmens konstruktiv gelöst werden könnten; als zentrale Instrumente werden das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997 sowie die Gemeinsame Strategie der EU von 1999 herausgestellt.

Das dritte Kapitel untersucht die Politiken der bisherigen EU-Mitgliedstaaten in der Ostseeregion – Dänemark (Bertel Heurlin und David M. Zepernick), Finnland (Hanna Ojanen), Deutschland (Gerd Föhrenbach) und Schweden (Gunilla Herolf) – seit 1990, wobei sich durchgängig eine starke Europäisierung der nationalen Außenpolitiken feststellen lässt. Dänemark und Schweden vertraten allerdings eine entschiedeneren Haltung zugunsten der Erweiterung, während Deutschland und Finnland mit Rücksicht auf Russland weit vorsichtiger agiert haben.

Der folgende vierte Abschnitt beleuchtet die Politiken und Meinungen in den östlichen Nachbarstaaten in der Region. Ein durchgehender Befund ist hier, dass europaskeptische Haltungen auch in den Beitrittsländern zugenommen haben. Insbesondere Priit Järve liefert eine eingehende Untersuchung von Meinungsumfragen, wonach ethnische Esten Souveränitätsverlusten kritischer gegenüberstehen, was sich in einem höheren Anteil von EU-Gegnern niederschlägt, während ethnische Nicht-Esten die zu erwartenden Wohlfahrtsgewinne höher bewerten und quasi umgekehrt fragen, warum man sich nicht, wenn die eine Union zusammengebrochen ist, einer anderen anschließen soll. Der Beitrag von Atis Lejiņš zu Lettland stellt die sowjetischen Erfahrungen und die erwünschte "Rückkehr nach Europa" viel stärker in den Mittelpunkt. Auch hier sei die ländliche Bevölkerung am kritischsten und die Unterstützung des Beitritts vor allem eine Frage der Information der Bevölkerung über den eigentlichen Charakter der EU und die Folgen einer Mitgliedschaft. Anders als in der Zeit nach Erlangung der ersten Unabhängigkeit scheint Souveränität nicht mehr nur durch Vereinigung mit anderen kleinen Staaten denkbar zu sein; vielmehr wird ihre Durchsetzung heute im dominanten Diskurs offenbar als Bedingung dafür angesehen, sich auf das Wagnis ihrer Einschränkung einzulassen. Auch in Litauen, dessen Beziehungen zu Russland im Gegensatz zu seinen Nachbarn keine offenen Grenzfragen und kein signifikantes Minderheitenproblem stören, ist das Verhältnis zum großen Nachbarn, wie Egidijus Vareikis feststellt, dennoch von Misstrauen geprägt. Gleichwohl hat der Aufbau eines konstruktiven Verhältnisses

Niederschlag u.a. in einem Transitabkommen für die Exklave Kaliningrad gefunden, die im Hinblick auf regionale Stabilität und Kooperation als sehr wichtig angesehen wird. Es ist bezeichnend, dass ein Beitrag zur baltischen Zusammenarbeit in einem Band wie diesem fehlen kann, ohne vermisst zu werden: Die vor dem Hintergrund der Aufforderung zur regionalen Kooperation durch die EU unternommenen vor allem symbolischen Anstrengungen haben mit der Ausrufung des Wettbewerbsprinzips um die Mitgliedschaft 1997 an Attraktivität klar verloren. Im Zentrum dieser Bemühungen hatten ohnehin die gegenseitige rhetorische Unterstützung in den wichtigsten Fragen des baltisch-russischen Verhältnisses, der Abzug der russischen Truppen und das Problem der russischsprachigen Minderheiten gestanden. Hier fühlt man sich an die von Marko Lehti festgestellte Funktion der Baltischen Liga, die gegenseitige Hilfe bei der Erlangung und Festigung eigenstaatlicher Souveränität zu Beginn der zwanziger Jahre, erinnert.

Das im Hinblick auf die Beziehungen zu Kaliningrad ebenfalls sehr aktive Polen verfolgt nach Kazimierz Musiał nur eingeschränkt eine multilaterale Politik und setzt aufgrund seiner Größe auch auf bilaterale Beziehungen. Darüber hinaus ist es zwar im Hinblick auf die EU-Politik der "Nördlichen Dimension" recht aktiv, strebt jedoch eine Verbindung mit der für Polen traditionell wichtigen "östlichen Dimension" an. Zur Sicherung eines guten Verhältnisses der EU zu Russland mahnt Arkady Moshes u.a. das Fortführen der Initiative der "Nördlichen Dimension" mit ausreichenden finanziellen Mitteln auch nach dem Beitritt Polens und der baltischen Staaten an. Gleichzeitig sollten die Implementation durch stärkere Beteiligung nationaler Regierungen und der Wirtschaft flexibilisiert, ein gut finanzierter Aktionsplan für Kaliningrad entwickelt und die russischsprachigen Minderheiten vollständig in die Gesellschaften der baltischen Staaten integriert werden.

Im abschließenden fünften Teil werden die baltisch-russischen Beziehungen im Kontext der EU-Erweiterung und regionaler Kooperation analysiert. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit den russisch-baltischen Beziehungen: Konstantin Khudoleys aus der Sicht Russlands, insbesondere dem Blick St. Petersburgs, und Andris Spruds aus baltischer, schwerpunktmäßig lettischer Sicht. EU-Außenpolitik und Subregionalisierung in Nordosteuropa ist Thema eines Beitrags von Elisabeth Johansson, die einerseits vor einer Überforderung der EU durch zu hohe Erwartungen an ihre Institutionen warnt und andererseits verstärkte Anstrengungen zur Förderung subregionaler Kooperation anmahnt. In ihrem Beitrag über die Rolle des Ostseerates kommen Stefan Gänzle und Helmut Hubel zu der Bewertung, dass dieser als multilaterale, non-hegemonische Institution in der Lage sei, "Nachbarschaftseffekte" subregionaler Integrations- und Kooperationsprozesse zu managen sowie durch funktionale Kooperation wichtige Leistungen im Bereich der so genannten "weichen" Sicherheit zu erbringen. Pertti Joenniemi schließlich erörtert die Problematik Kaliningrads als "Klein-Russland" innerhalb der EU – mit seiner Position als integralem Bestandteil Russlands innerhalb der Grenzen der EU kann es dessen Tor zum Westen oder seine Festung gegen ihn sein, die Möglichkeit einer Funktion als Brückenkopf jedoch verlangt Offenheit in beide Richtungen.

In ihren Schlussfolgerungen diagnostizieren Helmut Hubel und Stefan Gänzle den Wandel der Ostseeregion von einem peripheren Grenzgebiet zu einer der dynamischsten europäischen Subregionen, die zudem den Charakter eines "Laboratoriums der gesamteuropäischen Einigung" trägt. Der Aufbau einer für die Situation nach der Erweiterung der westlichen Institutionen wichtigen kooperativen Partnerschaft der EU mit Russland scheint ebenso gelungen, wie das Ausbleiben gewaltsamer Konflikte als Beweis für das Vermögen von Institutionen und deren führenden Mitgliedern herangezogen wird, friedlichen Wandel zu gewährleisten.

Die inzwischen erfolgte Aufnahme der Beitrittskandidaten von NATO und EU zum April bzw. Mai 2004 relativiert manche Einzelheiten, macht jedoch weder den Band im Ganzen, noch die meisten seiner Beiträge gegenstandslos. Die einzelnen Artikel geben einen guten Überblick über Aspekte, die zum größten Teil auch nach Ende der "Vorbeitrittsphase" von Bedeutung bleiben. Leider nehmen nur wenige Beiträge (und auch diese nur am Rande) Bezug auf das von Hubel entwickelte Modell des "baltischen Dreiecks" der Beziehungen zwischen der EU, den baltischen Staaten und Russland. Dieses ist durch die Entscheidung zur schnellen Aufnahme der baltischen Staaten in die EU inzwischen zwar im ursprünglichen Sinne verschwunden, eine Reihe seiner Implikationen wäre aber im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den baltischen Mitgliedstaaten, der Union selbst und Russland auch nach dem Beitritt eine Erörterung wert. Zudem sind die Manuskripte nach der Präsentation auf einer Konferenz im Herbst 2000 nur in sehr unterschiedlichem Maße aktualisiert worden. Etwas störend ist das großzügige Satzformat, das den Band auch in optischer Hinsicht nur die Konferenzpapiere zusammenfassen lässt; hier hätte eine erhebliche Einsparung an Umfang und dementsprechend eine Reduktion des stolzen Preises von 60 Euro erzielt werden können. Als sehr hilfreich erweist sich das Abkürzungsverzeichnis, da die abgekürzten Begriffe in den Texten meist nicht eingangs ausgeschrieben werden. Ein Namens- sowie ein Sachindex ermöglichen den direkten thematischen Zugriff auf Einzelheiten und erhöhen den Wert des Bandes als Informationsquelle.

Vergleicht man die Situation der baltischen Staaten im internationalen System nach der Erlangung ihrer ersten Unabhängigkeit im Gefolge des Ersten Weltkriegs mit ihrer heutigen Position, ergibt sich eine weit optimistischere Einschätzung ihrer weiteren Entwicklungsbedingungen. Anders als damals befinden sich diese kleinen Länder heute nicht mehr in der umstrittenen Einflusszone konkurrierender Großmächte, sondern sind Teil eines umfassenden Integrationsprojekts geworden, das sich seiner Umgebung gegenüber nicht durchgehend abgrenzt. Durch den Aufbau einer kooperativen Partnerschaft mit der benachbarten Region und die Durchlässigkeit für gegenseitige Beziehungen auch auf subregionaler Ebene bieten sich perspektivisch Chancen, über zunehmende interdependente Verflechtung zur Integration über die Grenzen der EU hinweg zu kommen und so die Gefahr eines erneuten Antagonismus zu überwinden. Subregionale Kooperation im Ostseeraum darf zu diesem Zwecke aber nicht zum Mittel zweiter Wahl werden, sondern sollte auch aus eigenständiger – wenn man denn so will (inner)europäischer – Motivation erwachsen. Gelegentlich entsteht der Eindruck, dass diese Einsicht gerade in den baltischen Staaten noch gewonnen werden muss.

Krister Hanne (Berlin)